

Senatskanzlei

**Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Beirätekonferenz am 21.11.2025,  
als Online-Sitzung  
16:05 bis 17:40 Uhr**

**Anwesende:**

Siehe separate Teilnehmerliste.

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung
2. Feststellung der Stimmberechtigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Beschluss über die Tagesordnung
4. Fortsetzung WiN-Förderung um weitere sechs Jahre (2026 – 2031),  
dazu Annett Schroeder, Jan Brüning (SBMS) und Kay Borchers (SASJI)
5. Terminplanung 2026
6. Aktuelle Änderung Beiräteortsgesetz (BeirOG),  
dazu: Senatskanzlei
7. Verschiedenes

**TOP 1 Begrüßung**

Frau Wangenheim begrüßt die anwesenden Beiratsvertreter:innen, insbesondere zwei Vertreter:innen der Jugendbeiräte sowie die Gäste und eröffnet die Sitzung.

**TOP 2 Feststellung der Stimmberechtigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Sodann stellt Frau Wangenheim fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und ausreichend stimmberechtigte Mitglieder der Beirätekonferenz anwesend sind, dass diese beschlussfähig ist.

**TOP 3 Beschluss über die Tagesordnung**

Die mit der Einladung versandte Tagesordnung wird genehmigt.

**TOP 4 Fortsetzung WiN-Förderung um weitere sechs Jahre (2026 – 2031)**

Frau Wangenheim begrüßt zu dem Thema Jan Brüning, Kay Borchers und Annett Schröder und über gibt ihnen das Wort. Die Referent:innen erläutern anhand einer Präsentation (in der Anlage) die aktuelle Situation sowie die Perspektive des Landesprogramms „Wohnen in Nachbarschaften“. Das Programm habe sich in über 25 Jahren bewährt und solle über die Ende 2025 auslaufende Förderperiode hinaus bis 2031 verlängert werden. Hierfür seien in der Haushaltsaufstellung Mittel in Höhe von 2,3 Mio € jährlich berücksichtigt. Gebietskulisse und Mittelverteilung sollen in der bisherigen Form fortgeführt werden. Bis auf Huckelriede, das wie vor 3 Jahren geplant aus der Förderung entlassen werde, würden keine Stadtteile wegfallen oder neu aufgenommen. Die Befassung der Deputation sei für den 18.12.2025 geplant.

In der anschließenden Diskussion werden die Situation und Bedarfe einzelner Stadtteile und Quartiere, sowie die zur Bemessung der Förderungsnotwendigkeit herangezogenen Datengrundlagen thematisiert. Auf das Bedauern von Herrn Osterkamp, dass Huckelriede nunmehr aus der Förderung entlassen werde, verweist Herr Brüning auf die dort in der Vergangenheit etablierten Strukturen und Netzwerke, die wichtig seien und in jedem Fall nachwirken würden. WiN solle in diesem Sinne auch kein „Dauerläufer“ sein, sondern eher als Innovationsanreiz wirken. Herr Borchers erläutert die Systematik der zweiten Förderungsebene, z.B. den Programmstrang „Leben in lebendigen Quartieren (LLQ)“, über welche auch kleinere Quartiere gefördert werden könnten, wie z.B. Grohn, Hühnerthagen oder das Alwin-Lonke-Quartier. Frau Wolter begrüßt ausdrücklich, dass es bei der Finanzierung keine „Rolle rückwärts“ geben werde. Frau Wangenheim dankt den Referent:innen für den Vortrag und kündigt an, das Thema werde die Beirätekonferenz sicherlich auch in Zukunft beschäftigen.

## **TOP 5 Terminplanung**

Der vorgelegten Terminplanung der Beirätekonferenz für 2026 (in der Anlage) wird einvernehmlich zugestimmt.

## **TOP 6 Aktuelle Änderung Beiräteortsgesetz (BeirOG)**

Herr Ilgner erläutert anhand der Synopse die wesentlichen Änderungen des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG), die die Bürgerschaft in ihrer letzten Sitzung auf Antrag der Koalition beschlossen habe. Künftig werde das Instrument des Jugendforums als niedrigschwellige Alternative zum Jugendbeirat ausdrücklich im Gesetz geregelt. Das Stadtteilbudget nach § 10 Abs.1 Nr. 3 werde auch auf Nr. 7 bezogen und entspreche damit dem Umfang von vor der Gesetzesänderung 2024. Zudem werde in Nr. 1a eine allgemeine Rechtsgrundlage geschaffen, über die Verwendung von Mitteln zu entscheiden, die Beiräten zweckgebunden zur Verfügung gestellt würden. Ein zentraler Aspekt der Gesetzesänderung sei die Neuregelung der Beteiligung der Beiräte im Bauantragsverfahren. Hier werde der Anwendungsbereich für die Abgabe einer Stellungnahme klarer formuliert, so dass die Beiräte mehr Handlungsklarheit bekämen. Ebenfalls klarstellend geregelt wird künftig, dass die Beiräte die abschließende Zuständigkeit zur Benennung von Straßen und Plätzen haben, dass sie aber die Betroffenen wirksam beteiligen müssen, wenn vorhandene Straßen umbenannt werden sollen. Darüber hinaus wird den Beiratsfraktionen die Möglichkeit eröffnet, künftig auch Nicht-EU-Bürger:innen als Mitglieder in Ausschüsse zu entsenden, sofern sie im Stadtteil wohnen oder ihren Regelmäßigen Aufenthalt haben.

Die Änderungen werden intensiv diskutiert, insbesondere in Bezug auf die Rolle der Beiräte im Bauantragsverfahren. In diesem Zusammenhang wird der legislative Wegfall der Möglichkeit, das Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens nach § 11 bei Nichtberücksichtigung einer Stellungnahme zu erreichen, von Einzelnen kritisiert, obwohl diese Möglichkeit formal auch in der Vergangenheit nicht bestanden hatte. Für die Beibehaltung des Wohnortprinzips für Ausschussmitglieder wird demgegenüber großes Verständnis gezeigt, da es als Ausdruck von Verantwortungsübernahme vor Ort gesehen wird. Herr Schnecking weist darauf hin, dass die Seniorenvertretung sich weitere Änderungen des BeirOG wünscht, damit die Belange von Senior:innen künftig verlässlicher berücksichtigt werden könnten. Herr Schlesselmann berichtet, dass gegenwärtig auch Überlegungen gebe, das Verfahren zur Vergabe der Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit neu aufzustellen, wodurch weitere Änderungen am BeirOG erforderlich würden.

## **TOP 7 Verschiedenes**

Frau Wangenheim informiert die Beirätekonferenz, dass es einen Antrag der drei Beiräte des Bremer Westens gebe, mit dem ein verbindlicher Rahmen für die Durchführung der Bürgerbeteiligung bei der Umbenennung von Straßen gefordert werde.

Des Weiteren werde die Beirätekonferenz sich in näherer Zukunft wieder mit dem Thema Ganztagsbeschulung befassen.

Herr Reinekehr berichtet von zunehmenden Problemen im Umgang mit Behörden, wenn Referent:innen für Beiratssitzungen angefragt würden. Die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme der Behörde an den Beirat als Alternative könne in der Regel das Informations- und Erörterungsinteresse in Beirat und Stadtteil nicht befriedigen.

Frau Wangenheim schließt die Sitzung um 17:40 Uhr.

Protokoll: gez. Holger Ilgner